



# -Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

## „Wir müssen die historische Chance nutzen“

Gunther Krichbaum im Gespräch mit der „Passauer Neuen Presse“

*Frankreichs Präsident Macron fordert eine „Wiedergeburt Europas“. Teile von CDU und CSU wollen dabei offenbar nicht die Geburtshelfer-Rolle übernehmen und bremsen. Wird der geplante Aufbruch in Richtung EU-Reform wieder abgeblasen?*

**Krichbaum:** Nein, denn dann würden wir eine historische Chance verpassen. Nur gemeinsam werden wir gegenüber so unterschiedlichen Akteuren wie China, Russland und den Trump-USA bestehen und unsere Werte und Vorstellungen von einem guten Zusammenleben in Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und sozialer Sicherheit durchsetzen können. Hierfür ist jeder europäische Staat für sich allein genommen viel zu klein – und sei er auch noch so groß.

Das vorliegende Papier der Fraktion kann daher nur ein erster Vorschlag sein, denn es gibt noch Ergänzungsbedarf. So wird etwa weder das Thema einer neuen Entwicklungspartnerschaft mit Afrika behandelt noch der stark aufkommende Populismus in Europa. Auch beim Brexit fehlt noch wichtiges. Wir sollten insgesamt als Europapartei CDU viel stärker formulieren, was wir in Europa wollen und nicht das betonen, was wir nicht wollen.

*Politiker von CDU und CSU ziehen bereits Grenzen, lehnen große Teile der Macron-Pläne ab. Sind die Warnungen vor einer Transferunion berechtigt?*

**Krichbaum:** Wir müssen hier klarstellen, was mit dem Begriff Transferunion gemeint ist. Wie meine Fraktion schließe auch ich aus, dass deutsche Steuergelder genutzt werden, um die Schulden anderer Staaten zu begleichen. Dies ist etwas völlig anderes als die Feststellung, dass es Transfers zwischen den Mitgliedsstaaten seit der Gründung der EU gibt. Ganz gleich ob Sozialfonds, Infrastrukturfonds oder andere Hilfen – dies sind Transfers, die in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse stehen, denn auch deutsche Spediteure profitieren von gut ausgebauten Autobahnen in Osteuropa.

Wir stehen nach der Wahl von Macron vor einer historischen Chance, Europa voranzubringen. Die müssen wir nutzen und einen gemeinsamen Nenner finden. Nach Jahren des Stillstands in Paris ist Macron nun dazu bereit und wir sollten ihn nicht im Regen stehen lassen. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir seine Vorschläge unkritisch übernehmen. So gibt es beispielsweise gegen ein gemeinsames Eurozonen-Budget zu

Recht erhebliche Bedenken. Wenn Großbritannien aus der EU austritt, wird der europäische Haushalt in Zukunft zu 85 Prozent von Eurozonen-Ländern repräsentiert. Da stellt sich die Frage, wozu wir parallel noch ein Eurozonen-Budget brauchen. Das gilt auch für einen EU-Finanzminister, denn wir haben bereits einen EU-Haushaltskommissar.

*Die SPD fordert ein Machtwort der Kanzlerin und warnt vor einer Abkehr vom Koalitionsvertrag...*

**Krichbaum:** Die SPD hat genügend eigene Probleme, mit denen sie sich beschäftigen sollte. Wir sind uns einig im Ziel, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiter zu entwickeln. Der Internationale Währungsfonds hat in Europa eigentlich nichts verloren, denn er soll vornehmlich Entwicklungs- und Schwellenländer unterstützen. Gegen den Vorschlag der EU-Kommission, einen EWF ohne eine Änderung der EU-Verträge auf den Weg zu bringen, gibt es aber erhebliche rechtliche Bedenken. Ohne Vertragsänderung wird es wohl nicht gehen. Dies bedeutet aber, dass hierfür Volksabstimmungen in einigen EU-Staaten,

<p>z.B. in Irland und den Niederlanden, notwendig werden. Deshalb wird die Errichtung eines EWF nicht kurzfristig möglich sein. Aber egal welcher Weg letztlich beschritten wird: Über die Verwendung deutscher Steuergelder entscheidet allein der Deutsche Bundestag. Das war bei den bisherigen Rettungspaketen so und das muss auch bei einem EWF so bleiben.</p>	<p><i>Wo sollte Berlin Macron entgegenkommen?</i> <u>Krichbaum</u>: Die Vorschläge von Macron beschränken sich nicht auf den Europäischen Währungsfonds und die Reform der Eurozone, sondern gehen wesentlich weiter. Wir sollten die Diskussion daher auch nicht darauf verengen, sondern mit seinen Vorschlägen viel offener und positiver umgehen. Wir</p>	<p>müssen dafür sorgen, dass das europäische Schwungrad, welches gegenwärtig in Paris steht, auch den deutsch-französischen Motor wieder antreibt. Es tut Europa immer gut, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam Europa weitergedacht haben. ■</p>
---	---	---

### **Bundesregierung beruft Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit**

Das Bundeskabinett hat in der letzten Woche auf seiner Klausurtagung in Meseberg den Esslinger CDU-Bundestagsabgeordneten Markus Grübel zum Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit berufen. Die Einführung des Regierungsbeauftragten war ein wichtiges Anliegen der Union während der Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Die Bedeutung der Religionsfreiheit ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Immer häufiger müssen wir feststellen, dass Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen religiös verbrämt oder mit religiösen Motiven befeuert werden. Die internationale Diplomatie muss diesen Zusammenhang stärker berücksichtigen. Hierzu wird das neue Amt als solches und Markus Grübel persönlich einen wichtigen Beitrag leisten. Der Beauftragte soll unter anderem alle zwei Jahre einen Bericht der Bundesregierung zur Religionsfreiheit erstellen. Schon dies wird dem Thema mehr öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen. Die Religionsfreiheit ist eines der wichtigsten Menschenrechte, für viele Gläubige sogar das wichtigste Menschenrecht überhaupt, weil die Fragen des Glaubens für sie den Kern ihrer persönlichen Identität ausmachen. Auch Nichtgläubige werden durch dieses Grundrecht geschützt. In einer wertegeleiteten Außenpolitik muss daher der Glaubensfreiheit ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden.

### **Jeder Cent für NPD ist einer zu viel**

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch beschlossen, einen Antrag auf Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung zu stellen. Dass dies

rechtlich möglich ist, hatte das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr aufgezeigt. Das Gericht hatte zwar den Verbotsantrag abgelehnt, weil die NPD derzeit viel zu unbedeutend ist, zugleich aber einen Hinweis auf ein Ende der staatlichen Unterstützung gegeben. Das richtige Signal wäre es, wenn Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat gemeinsam einen Antrag auf Ausschluss der NPD von staatlicher Finanzierung stellen würden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt deshalb für einen Antrag des Deutschen Bundestages ein. Man kann nicht ständig über den wachsenden Antisemitismus in Deutschland klagen, Programme zur Antisemitismusbekämpfung finanzieren und dann eine Partei mit rund einer Million Euro im Jahr unterstützen, die nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus ist. Wir wollen hier auch ein klares Signal an die jüdische Gemeinde geben. Jeder Cent, den die NPD von staatlicher Seite erhält, ist einer zu viel. ■

### **Steigende Zahl online eingereicher Steuererklärungen**

Immer mehr Bundesbürger reichen ihre Einkommensteuererklärung online über den Dienst ELSTER beim Finanzamt ein. Nutzten 2012 erst 12 Millionen Bürger diese Möglichkeit, waren es 2017 bereits 22,1 Millionen Steuerzahler. Damit hat sich Zahl der Nutzer nahezu verdoppelt. Der Branchenverband Bitkom wertet dies als ein besonders positives Beispiel für erfolgreiche Digitalisierung im Bereich von Verwaltungsdienstleistungen. ■